

Die Heimarbeiterin.

Organ des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen.

Das Blatt erscheint monatlich.
Mitglieder erhalten es kostenlos.
Redaktionschluss am 15. jeden Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W 30, Nollendorffstraße 15.
Verlagspreis: Vierteljährlich 1 Mk.
Erscheinungszeit: wöchentlich von 9-1 und 3-5 Uhr, am Sonnabend von 9-2 Uhr.

Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle und durch alle Postämter.
Preis vierteljährlich 1 Mk.

Nummer 11.

Berlin, November 1921.

21. Jahrgang.

Oberschlesien.

Oberschlesien, deutscher Boden, den in freiem Wandergang
Stolz als Deutscher ich betrete, sei gegrüßt mit Herz und Sang!
Funken sprühen aus tausend Eissen, während loht die rote Blut,
Wo die Arbeit unverdrossen redlich mehrte deutsches Gut.
Eisenhämmer wuchtig dröhnen, untertan ward alle Kraft,
Die im Schweiß von tausend Stirnen Tag und Nächte rastlos schafft.

Dunkle Schächte, weite Stollen fördern Schätze, Kohlen, Erz,
Wo die Schlägel hell erklingen, Glück auf! ruft das feste Herz.
Eisenstränge silbern blinken, voll beladener Büge Lauf,
Horch, das Stampfen der Maschinen spielt zum Lied des Werktags auf.

Und doch Weizen auf den Feldern, wo des Landmanns treue Hand

Goldne Fluren, Wiesengründe nutzbar macht dem Vaterland.
Wälder rauschen, Ströme brausen, Kraft und Mark, uralter Klang:

Oberschlesien, deutscher Boden, bleib uns deutsch trotz Sturm
und Drang!

„Wir rufen nach Gerechtigkeit.“

Es war am 22. Mai d. J., als in der Protestversammlung in der „Philharmonie“ zu Berlin Professor Ludwig Müller die Worte sprach, die an der Spitze unseres Blattes stehen. Einspruch, leidenschaftlicher Einspruch wurde erhoben gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens durch die Polen, gegen das unglaubliche Verhalten der französischen Truppen, die ihre eigenen Verbündeten, die tapfer kämpfenden Italiener, im Stich ließen, und gleichgültig zusahen, wie polnische Banden Kampf und Mord in ein Land hineintrugen, dessen Schutz den Alliierten bis zur endgültigen Entscheidung über seine Zukunft anvertraut war. Einberufen jener Versammlung waren die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen, die Vertreter von Handel und Industrie, die Vertreter der Banken, die der Presse aller Schattierungen, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, die Vertreter des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft. Alle, alle waren gekommen. Alle waren eines Sinnes. Alle wollten Oberschlesien, unser Oberschlesien, das mit 62 Prozent der abgegebenen Stimmen sich entschieden hatte, deutsch bleiben zu wollen, trotz aller Bedrohung deutsch erhalten. Es war der Reichstagspräsident Lübbe, der damals sagte: „Im Namen der Zehntausende, die leiden, während wir in diesem Saale versammelt sind, fußend auf die Volksentscheidung, die der Abstimmungsstag ergeben hat, rufen wir nach Gerechtigkeit, nach schneller Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit des Landes, das seit zwei Jahren wegen der Unsicherheit seiner Zukunft von den schwersten Erschütterungen heimgesucht ist.“ Und weiter tief er den Alliierten zu: „Schützt das Recht eures Vertrages! Gebt das Leben der ober-schlesischen Bevölkerung nicht länger dem ziellosen Wüten der Banden preis! Helft der Gerechtigkeit zum baldigen und endlichen Siege!“ Und der Präsident des Preussischen Landtages Beinerl sagte u. a.: „Frankreich will die Blige des Friedens-

vertrages wahr machen durch polnische Gewalt“, und forderte am Schluß seiner Ausführungen: „Oberschlesien muß ungeteilt bei Deutschland bleiben!“ Ueberzeugend sprach der Abgeordnete Reinath im Namen des Großhandels davon, wenn die französisch-polnische Gewalttat jener Tage Erfolg haben würde, dadurch die Art an die Wurzel der deutschen wirtschaftlichen Kraft gelegt und die Erfüllung des eben angenommenen Ultimatus unmöglich gemacht werden würde. Mit Recht sagte er: „Wenn es in der Welt noch einen Funken von Vertragstreue, von Gerechtigkeit und von Vernunft gibt, so muß ganz Oberschlesien wieder an Deutschland gegeben werden.“ Und Baitrusch, als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, rief vor allem zur Einigkeit auf, wenn wir unser Recht durchsetzen wollten. „Die Nation muß zusammenstehen in dieser kritischen Stunde. Wenn das Banner des Landes hochgeht, sinkt das Parteibanner. Wir müssen in dieser Stunde sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.“ Wer auch noch sprach — ein Gedanke ging durch aller Sinn, ein Wille erfüllte alle.

Nach jener Versammlung haben zahllose andere stattgefunden, überall im Reiche, getragen von derselben Einmütigkeit. Die letzten Proteste wurden wohl am Sonntag, den 23. Oktober, wiederum in Berlin, von Tausenden und aber Tausenden erhoben. Da lagen schon die neuen schweren Schatten über unseres Volkes Gesicht. In Genf hatten gewählte Vertreter der Entente: ein Belgier, ein Brasilianer, ein Spanier und ein Chinese eine Entscheidung in der ober-schlesischen Frage getroffen, die geradezu ungeheuerlich war! Und dieser Männer Urteilspruch, hieß es, solle maßgebend sein. Am 20. Oktober hatte die feindliche Votschafterkonferenz jene Entscheidung zu der Ihren gemacht. In den Mätern des Auslandes konnte man längst lesen, was wir alles an die Polen abtreten sollten, ehe noch der deutschen Regierung diese neue Deutung des Rechtes mitgeteilt wurde!

Deutschland, armes Deutschland, wie tritt man dich!

Am 26. Oktober trat endlich der Reichstag zusammen. Ein Hin und Her von Verhandlungen, das leider nicht die Einheitsfront des deutschen Volkes brachte, die in dieser bitteren Stunde genau so nötig, so unerlässlich nötig war, wie bei jener Waierversammlung in der „Philharmonie“, zeitigte eine Regierung, die unter Führung des zunächst zurückgetretenen Reichslandlers Wirth, nun mit dem Reichstag gemeinsam zu dem Bescheid der Votschafterkonferenz Stellung zu nehmen hatte. Bis nachts 12 Uhr dauerten die Verhandlungen. Vier Fraktionen hatten einen Antrag eingebracht, der in aller Form gegen den neuen Gewaltakt der Feinde Einspruch erheben und gegen den Rechtsbruch schärfste Verwahrung einlegen sollte. Der Antrag fand leider keine Mehrheit, so daß die im Interesse von Deutschlands Zukunft so wünschenswerte Rechtsverwahrung unter den Tisch fiel. Die Regierung hat nun durch den deutschen Votschafter in Paris der Votschafterkonferenz folgende Antwortnote übermitteln lassen:

„Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäuschung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen.

Sie erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, welches dadurch dem Deutschen Reiche auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der sie wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Vertrages, dem die in Genf getroffene und von den alliierten Hauptmächten angenommene Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung ausdrückliche Verwahrung ein.

Bedinglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohung und um der deutschen Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebietes die sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend die darin vorgezeichneten Delegierten zu ernennen. Die Namen der deutschen Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt werden."

Durch Entsendung der Delegierten beugen wir uns nun gezwungenerweise dem Diktat der Mächte; doch geben wir alle dennoch Oberschlesien niemals auf. Der Raub, den man an deutschem Land und Volk erneut begeht, tritt in Kraft. Unsere Bodenschätze gibt man den Polen „im Namen der Gerechtigkeit“. In Pleß und Rybnik werden bereits die deutschen Firmenschilder entfernt. Kattowitz, das zu 85 Prozent deutsch ist, kommt ebenso wie Königshütte an Polen. Es ist tiefes Dunkel, das sich über unsere Zukunft senkt. Gott allein weiß, ob und wann unser Weg wieder hell werden wird. Aber wir dürfen trotz alledem nicht verzweifeln. Wir müssen trotz der Verschiedenheit in der Auffassung, die während der Verhandlungen des Reichstages zum Ausdruck kam, versuchen, die einigende Linie zu finden. Und in einem waren wir alle einig: in der Empörung über die Ungerechtigkeit, die man uns, die man den Oberschlesiern antut. Wären 62 Prozent der oberschlesischen Stimmen am Tage der Abstimmung für Polen abgegeben worden, so wäre das ganze Oberschlesien sofort an Polen ausgeliefert worden. Weil trotz alles Terrorismus die Mehrzahl der Oberschlesier für Deutschland stimmte, hatte man die Entscheidung bis in diese Oktobertage verschleppt, und hat nun — jeder versprochenen Gerechtigkeit zum Hohne — diese Oberschlesien an sich und Deutschland mit ihm dem wirtschaftlichen Untergang zuführende Scheidewege diktiert. Wir müßten verzweifeln, wenn wir nicht wüßten, daß dennoch einst die Stunde kommen wird, wo die, die zu uns gehören, wieder mit uns vereint sein werden. Weit ist der Weg und dunkel, und schwer ist es, ihn allein zu gehen, denn Deutschland ist allein. Aber jenseits der neuen Grenze wohnen unsere Brüder und Schwestern, und sehnen sich nach uns, wie wir uns nach ihnen. Laßt uns nicht eine Stunde vergehen, daß wir zusammengehören. Laßt uns darauf hoffen, daß wir wieder zusammenkommen und — laßt uns dafür arbeiten! Deutschland muß aufstehen mit Oberschlesien!

Aus der Tarifbewegung.

Berlin. Für die Damenkonfektion, unsere größte Branche, hatten wir neue prozentuale Zuschläge gefordert, die unser Lohnabkommen auch während des laufenden Tarifes vorzieht, falls eine „weitere wesentliche Teuerung eingetreten“ wäre. Die neue wesentliche Teuerung ist nur zu spürbar, und wurde auch von keiner Seite bestritten. Es gelang aber nur, einen Zuschlag von 20 Prozent auf die Wintersachen zu erhalten, da die Fabrikanten geltend machten, daß die Wintersachen schon verkauft wären und höchstens noch fünf Wochen gearbeitet würden. Für Sommersachen soll noch im November der neue Tarif abgeschlossen werden. Bis dahin werden jetzt also vom 10. Oktober ab 200 Prozent auf die Grundlöhne gezahlt. Größere Schwierigkeiten machte diesmal die Einigung zwischen Meistern und Fabrikanten. Der von beiden Seiten als vereinbartes Schiedsgericht anerkannte Schlichtungsausschuß entschied: „Die Meister bekommen in Klasse I und Klasse II 100 Prozent, in Klasse III 90 Prozent auf die bestehenden Löhne.“

Auch für die Buchstaben- und Monogrammschneiderinnen ist es gelungen, eine 20prozentige Lohnerhöhung vom 1. November ab für den laufenden Tarif zu erreichen.

Auf Wunsch der Privatnäherinnen fand im Oktober eine Versammlung statt, in der die Löhne für Ausbesserinnen, Weißnäherinnen und Schneiderinnen neu geregelt wurden. Gefordert sollen von jetzt an werden für den Tag: Ausbesserinnen 12—16 M, Weißnäherinnen 18—24 M, Schneiderinnen 24—40 M. Wird Kost nicht gewährt, so sind für den ganzen Tag 12 M, für das Abendrot 3 M zu vergüten.

Braunschweig. Der Verband deutscher Wäschegeschäfte und Wäschereifabrikanten hat vom 1. September ab auf unsere Forderung hin einen 20prozentigen Zuschlag auf den bestehenden Tarif beschlossen, außerdem wurde ein Ferienentgelt bewilligt, vorausgesetzt, daß die betreffende Heimarbeiterin seit dem 1. Januar des laufenden Jahres beschäftigt wird und zwar bei einem Jahresverdienst von

1500 M.	4 Tage
2000 „	5 „
2500 „	6 „
3000 „	7 „
3500 „	8 „
4000 „	10 „

Für den Tagessatz kommt der Gesamtverdienst in Frage, z. B. bei 3000 M. Verdienst in 300 Tagen 10 M pro Tag.

Frankfurt a. Main. Die neue Teuerungswelle zwang auch uns hier in Frankfurt, die bestehenden Tarife zu kündigen und neue Lohnforderungen zu stellen. Bis jetzt ist es nur in vier Branchen gelungen, die Löhne wesentlich zu verbessern.

1. **Hauschuhnäherie:** Die Akkordlöhne dieser Branche waren bisher auf einem Stundenlohn von 2,77 M aufgebaut. Die Zentralorganisation der Schuhmacher erreichten im August einen etwa 12prozentigen Zuschlag auf die Fabrikarbeiterlöhne. Wir konnten uns damit nicht zufrieden geben, weil unsere Löhne im Verhältnis zu denen der Fabrikarbeiter viel zu niedrig waren. Wir forderten eine 45prozentige Erhöhung aller Akkordlöhne. Diesmal verhandelte der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen als einzige Organisation mit allen in Betracht kommenden Firmen gleichzeitig. Die Betriebsratsvorsitzenden, die sich besonders in dieser Branche für die Heimarbeiter bewährt haben, nahmen auch an den Verhandlungen teil; denn diesmal waren wir fest entschlossen, in den Streit zu treten, wenn unsere berechtigten Wünsche nicht gehört würden. Infolge der Stärke unserer Organisation gerade in dieser Branche waren uns das sehr wohl möglich gewesen. Nachdem ein anfänglicher Widerstand bei den Arbeitgebern gebrochen war, der dahin ging, nur die oben erwähnten 12 Prozent zu geben und im übrigen nicht zu verhandeln, kamen wir nach mehrstündigem Hin und Her überein, daß wir einen Zuschlag von fast 30 Prozent, den und die Arbeitgeber dann anboten, annehmen sollten mit dem Zusatz, daß künftige Steigerungen der Fabrikarbeiterlöhne durch neue Abschlässe auch entsprechende prozentuale Erhöhungen der Heimarbeiterinnenlöhne bedingen. Seit dem 10. September beträgt also der Stundenlohn für die Hauschuhnäherin 3,55 M gegen 2,77 M vorher.

2. **Feine Wäsche:** Wir hatten bisher einen Stundenlohn von 3,30 M und für die einzelnen Positionen nur Zeitangaben, mit denen auf Grund des Stundenlohnes die Preise der Wäschestücke errechnet wurden. Am 1. September kündigten wir zusammen mit dem Schneiderverband das Lohnabkommen zum 1. Oktober und forderten eine Lohnerhöhung von 40 Prozent. Die Verhandlungen gingen diesmal sehr glatt vonstatten, da wir uns nicht die sonst hierbei üblichen langen Reden hielten. Die Arbeitgeber fragten uns gleich nach unserer letzten Forderung. Wir mußten in Anbetracht der Teuerung auf 40 Prozent bestehen bleiben. Das Gegenangebot der Arbeitgeber war dann nicht ganz 30 Prozent. Wir einigten uns auf volle 30 Prozent, so daß also ab 1. Oktober die Stundenlöhne betragen: 4,30 M für selbständige Arbeiterinnen, 3,45 M für Quarbeiterrinnen und 2,60 M für Anfängerinnen. Hier zeigte es sich, wie vorteilhaft es ist, wenn im Tarif Zeiten und keine Einzelpreise stehen, so brauchte nur der Stundenlohn besprochen zu werden, und man war in einer Stunde damit fertig. Dies Lohnabkommen soll, wie auch das vorige, baldigst für rechtsverbindlich erklärt werden.

3. **Stapelwäsche:** Auch hier betrug der Stundenlohn 3,30 M. Wir kündigten das Lohnabkommen am 1. September zum 1. November, da wir leider eine zweimonatliche Kündigungsfrist haben, und forderten ebenfalls einen Zuschlag von 40 Prozent. Am 10. Oktober kam es zu einer langen Verhandlung, an der eine größere Anzahl Kolleginnen teilnahmen. Das Angebot der Arbeitgeber war für die einzelnen Positionen verschieden und betrug durchschnittlich 20 Prozent. Dies war für uns ganz unannehmbar. Unser Gegenangebot von 30 Prozent auf alle Löhne wurde auch nicht angenommen. Nach langem Hin und Her einigten wir uns endlich. Der Stundenlohn für selbständige Arbeiterinnen wurde auf 4,30 M, für vorgeschrittene Quarbeiterrinnen auf 3,75 M, für Quarbeiterrinnen auf 3,15 M und für Anfängerinnen auf 2,60 M festgesetzt. Die Akkordlöhne wurden durchschnittlich um 25 Prozent erhöht, einige nur um 10, 15 und 20 Prozent, andere um 30 und 40 Prozent. Für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. November erklärten sich die Arbeitgeber freiwillig zu einem Zuschlag von 10 Prozent auf die alten Löhne bereit. Um der vielen Änderungen willen muß das Lohnabkommen neu gedruckt werden; es ist zum Preise von 1 M von unserem Bureau, Neue Mainzer Straße 74, zu beziehen. Die Veränderung tritt mit dem 1. November in Kraft. Hier zeigte es sich, wieviel schwieriger es ist, über ein Lohnabkommen mit festen Preisen zu verhandeln, als über eines mit Zeitberechnung. Auch dieses Abkommen soll baldigst verbindlich erklärt werden.

4. **Schleierstickerei:** Da in dieser Branche viele Kolleginnen meinen, die Löhne gingen auch ohne Organisation in die Höhe und sich darum dem Verbande fernhalten, konnten es für die Schleierstickerrinnen sehr lange, ehe unser Gewerbeverein etwas für sie erreichen konnte. Erst bei dem letzten Auf-

teilen mehrerer organisierter Kolleginnen gab dem Verbands die nötigen Unterlagen zu neuen Verhandlungen. Wir erreichten Ende September einen Aufschlag von fast 40 Prozent auf die Durchgangarbeit und von 25 Prozent auf die Chemikalarbeit. Ferner für Schleier „saubermachen“ einen Stundenlohn von 3,30 M.

Alles in allem dürften die Heimarbeiterinnen von Frankfurt und Umgegend nachgerade davon überzeugt sein, daß ein Verband da ist, der für sie sorgt und es den einzelnen erspart, die meist aussichtslosen Forderungen auf Lohnerhöhung dem Arbeitgeber selbst zu stellen. Der Wochenbeitrag macht sich mehr wie bezahlt, und es ist Ehrenpflicht jeder einzelnen, mit in die Reihe derer zu treten, die für die Arbeitsbedingungen der sonst stets ausgebeuteten Heimarbeiterinnen kämpfen.

Halle a. S. Wir in Halle können zu unserer Freude von Tarifierhöhung berichten. Das ist das Gute, wenn einmal ein Tarif da ist, daß dann eine den Verhältnissen entsprechende Erhöhung sich leichter erreichen läßt. „Eine den Verhältnissen entsprechende?“ sagen unsere Mitglieder und schütteln den Kopf. Nein, die Lohnsätze hinken immer noch nach und passen sich keineswegs der Uberteuering aller Bedürfnisse an. Aber doch — wie sünde es um die Heimarbeiterinnen heute, wenn der Gewerbeverein nicht wäre, wie hoch würde dann wohl der Stundenverdienst sein? Also: wir haben sofortige Erhöhung sämtlicher Positionen unseres Wäschetarifs um 30 Prozent und vom 1. Dezember ab um 50 Prozent erreicht. Da es sich bei unserem mit einem Verband der Wäschefabrikanten und Einzelstücken abgeschlossenen Tarif in der Hauptsache um Stapelware handelt, bei welcher langfristige Abschlüsse und Kalkulationen bestehen, konnten wir die 50 Prozent Erhöhung nicht sofort haben. Auch sie genügen freilich noch lange nicht. Dann haben wir diesmal endlich erreicht, daß demnächst ein Probenähren stattfindet, da einige Hauptpositionen des Tarifs zu niedrig im Zeitmaß angelegt sind. Das ist das Wertwürdige, daß wir seit dem Bestehen des Tarifs sehr viel leichter und besser auch in anderen Sachen mit den Firmen verhandeln, z. B. die Steuer betreffend. Viel Aufmerksamkeit und Aufklärung ist immer noch nötig, damit unseren Mitgliedern nicht höhere Mängel, als die gesetzlichen, gemacht werden. Es findet in den Monatsversammlungen jetzt immer lebhaftere Aussprache über diese Frage statt, und man spürt zusehends, wie die Heimarbeiterinnen arbeitsbewußter, arbeitsstolzer werden. Sollen wir dessen nicht froh sein in dieser schweren, traurigen Zeit?

Hamburg. Mit dem Arbeitgeberverband der Maschinen- und Handstickerbetriebe von Groß-Hamburg haben wir folgenden Uebereinkommen abgeschlossen: 1. Auf die festgesetzten Tarifsätze vom 1. April 1921 wird ab Montag, den 12. September 1921, ein Aufschlag von 20 Prozent gezahlt; 2. falls der prozentuale Aufschlag nicht die Summe von 20 M pro Woche erreicht, wird der Aufschlag auf 20 M pro Woche ergänzt; 3. vom Montag, dem 17. Oktober 1921, ab erfolgt bis zum Ablauf des Tarifvertrages ein weiterer Aufschlag von 5 Prozent auf die Tarifsätze.

Stuttgart-Stadt. Was wir in unserm letzten Bericht nur erhofften, ist nun Tatsache geworden — der Teuerungszuschlag von 40 Prozent für Heimarbeiterinnen. Am 16. September fanden die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Wirkerei- und Strickerfirmen des „Verbandes Süddeutscher Textilarbeiter Württembergs“ einerseits und den Vertreterinnen des Gewerbevereins andererseits statt. Noch am gleichen Abend wurde der Tarifvertrag unterschrieben, der den Heimarbeiterinnen der beteiligten Branchen einen Lohnzuschlag von 20 Prozent ab 1. August und 40 Prozent ab 1. September sichert. Der seitherige Teuerungszuschlag von 8 Prozent kommt in Wegfall. Wir sind sehr glücklich über diesen Erfolg, der einzig und allein unserem Gewerbeverein bzw. dem zielbewußtesten Vorgehen, dem zähen Festhalten und der unbeugsamen Energie unserer Vertreterinnen zu danken ist. Die Lohnerhöhung kommt unseren Mitgliedern gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die Wintervorräte eingetan werden sollen, besonders gelegen. Aber noch aus einem anderen Grunde sind wir außerordentlich dankbar für das Erreichte. Der freie Textilarbeiterverband hatte für den 21. September eine Heimarbeiterinnenversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Warum bekommen die Heimarbeiterinnen die erhöhten Löhne nicht?“ Nun konnten wir ihm zuvor kommen und unsererseits durch Flugblätter, die vielfach in den Fabriken ausgelegt wurden, zu einer Versammlung auf den 20. September einladen. Diese war sehr gut besucht und brachte uns reichen Zuwachs. Frau Giese legte in ihrer bekannten frischen und eindringlichen Weise die Notwendigkeit der Organisation dar und machte allen Erschienenen klar, daß der Gewerbeverein die einzige richtige Vertretung ihrer Interessen sei, wogegen die meisten anderen Verbände für Abschaffung der Heimarbeit eintreten. Der Tarifvertrag wurde

vorgelesen und von Frau Debussère und Frau Rebellto des näheren erklärt. Außerdem sprachen noch Gewerkschaftssekretär Kammerer, der das warme Eintreten des Gewerbevereins für die Interessen seiner Mitglieder rühmte, Fr. Kofler und Fr. Fecht über die sonstigen Vorteile unseres Verbandes. In der Versammlung des freien Verbandes wurde unsere Sache durch Frau Dählmann aufs tapferste vertreten und den Besucherinnen, die zumest aus Betriebsarbeiterinnen bestanden, kund getan, daß unser Gewerbeverein die Teuerungszulage für die Heimarbeiterinnen bereits errungen habe. Es traten denn auch nur fünf Heimarbeiterinnen dem freien Textilarbeiterverbande bei, freilich recht überflüssigerweise. Für uns heißt es jetzt, auf der Hut sein und unermüdblich werben. Dies gilt namentlich auch für die Schürzenbranche, von der wir noch mehr Vertreterinnen werben wollen, um vorgehen zu können. Unsere Mitglieder haben nun wieder erfahren, wieviel der Gewerbeverein für sie tut; dies wird hoffentlich auch die seither Bauern und Jagen veranlassen, all ihre Kraft daranzusetzen, um ihm neuen Zuwachs zuzuführen und ihn dadurch immer stärker und leistungsfähiger zu machen. Hierzu sollten auch die Mitglieder der Gruppen auf dem Lande, die ja die erzwungenen Vorteile mitgenießen, mit allem Eifer beitragen.

Vernüfliche Rundschau.

Ueber den Stand der gewerblichen Frauenarbeit gibt Dr. Käthe Gaebele, die jahrelang Mitarbeiterin im Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen war, in der „Frauenrundschau“ des Oktoberheftes der „Deutschen Arbeit“ wertvolle Zusammenstellungen. Sie folgt dabei den Gewerbeaufsichtsberichten für 1920 und stellt fest, daß die Frauenarbeit während des Berichtsjahres wieder mehr Anwendung gefunden habe, als im Jahre 1919. Besonders stark hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen und der prozentuale Anteil an der industriellen Arbeit vermehrt. Vergleichende Zahlen über die Jahre 1913 und 1920 ergeben folgendes:

	1913	1920
Textilindustrie	52 %	60,50%
Papierindustrie	32,8%	38,50%
Maschinenindustrie	4,9%	10,50%
Metallindustrie	16,3%	22,60%
Holzindustrie	13,8%	16,50%

Die Beschäftigung von Frauen an für sie ungeeigneten Stellen (Dampfesselbedienung u. dergl.) ist erfreulicherweise wieder auf den Umfang der Vorkriegszeit zurückgegangen. Ueberall ist der Achtstundentag für die Frauen als Wohlthat begrüßt worden, da ja fast alle neben der gewerblichen noch häusliche Arbeiten zu leisten haben. Ueber den freien Sonnabendnachmittag hinaus wird der ganz freie Sonnabend gewünscht, den in Württemberg verschiedene Textilbetriebe auf Wunsch ihrer Arbeiterinnen eingeführt haben. Die verkürzte Arbeitszeit läßt eben der verheirateten Arbeiterin mehr Raum auch für die Erziehung der Kinder, für die eigene Erholung und Schonung und wird so zum Segen für das Familienleben. Eine alte Ansicht, die Mitgabe von Arbeit nach Hause nach Schluß der gesetzlichen Arbeitszeit, die der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen bereits in seinem ersten Programm bekämpfte und deren Verbot er forderte, scheint leider durch die Verkürzung der Arbeitszeit weitere Verbreitung gefunden zu haben. Hier sind u. E. noch Erziehungsaufgaben der Berufsorganisationen zu erfüllen. Die Verbände dürfen eben nicht nur der Verbesserung der Lohnbedingungen dienen, sondern müssen sich auch für die Durchführung des Arbeiterschutzes und Arbeiterrechtes einsetzen, besonders wenn es gilt, das Berufsleben der Arbeiterin gesund zu gestalten. Darum ist es auch bedauerlich, wenn fast in allen Berichten über die geringe Vertretung der Frauen in den Betriebsräten geklagt wird. So ist es in Württemberg in Betrieben mit rein weiblicher Arbeiterschaft überhaupt nicht zu Wahlen gekommen, weil keine Arbeiterin das Amt als Betriebsrat übernehmen wollte. Es wäre interessant, festzustellen, ob es sich in solchen Fällen um Unorganisierte handelt, oder ob die zuständigen Gewerkschaften sich so wenig um die Rechte und Pflichten ihrer weiblichen Mitglieder kümmern. Der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen hat jedenfalls in einer ganzen Anzahl von Betrieben, die über zwanzig Heimarbeiterinnen beschäftigen, Betriebsratswahlen durchgeführt, und eine ganze Anzahl seiner Mitglieder haben sich schon gut als „Betriebsrätinnen“ eingearbeitet.

Sehr beachtlich ist, was Dr. Gaebele über die Verhältnisse in der Heimarbeit schreibt. Sie führt aus: „Die Heimarbeit, die sich mehr und mehr zu einem Frauengewerbe entwickelt, ist überall in starkem Rückgang begriffen. Im Sommer wurden nur noch 4179 Arbeitgeber gegen 11 149 im

Jahre 1913, und 68 000 Heimarbeiter gegen 186 000 im Jahre 1913 gezählt; im Leipziger Bezirk hat sogar eine Verminderung auf ein Fünftel stattgefunden. Die Ursache wird teils in Abfahrmangel (Spitzenindustrie), teils in Rohstoffknappheit, der Abneigung der Arbeitgeber, das wertvolle Material (Tabak!) in die Heimarbeit auszugeben, dann aber auch in den Erfolgen des gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Heimarbeit gesucht. Erfreulicherweise wird auch die Heimarbeit mehr und mehr in die Tarifbewegung einbezogen; allerdings handelt es sich oft mehr um Tarife gegen als für die Heimarbeiter. Die Sachverständigen haben sich aus Mangel an wirklichen Befugnissen bei der Lohnregelung nirgends als lebensfähig erwiesen. Da trotz einer allgemeinen Lohnaufbesserung die Heimarbeiterlöhne, oft sehr beträchtlich, hinter den sonst üblichen zurückbleiben, ist die Forderung nach einer möglichst beschleunigten Schaffung von Lohnämtern nach wie vor zu erheben.

Zu diesen Ausführungen ist zu sagen, daß nach unseren Beobachtungen keineswegs in allen Branchen von einem Rückgang der Heimarbeit gesprochen werden kann. Dort, wo die tariflichen Abschlüsse den Lebensnotwendigkeiten der Heimarbeiterinnen gerecht werden, findet im Gegenteil eher eine Vermehrung der in der Heimarbeit Beschäftigten statt. Es ist auch kaum anzunehmen, daß ein so verarmtes Volk, wie das unsere, gerade jetzt auf die Mehrerzeugnisse in Heimarbeit verzichten kann, da es vollkommen ausgeschlossen ist, daß eine restlose Ueberführung aller Arbeitsbreiten in Betriebe und Fabriken stattfinden kann. Gefordert muß eben werden, daß die Lohnaufbesserungen in der Heimarbeit nicht hinter den Löhnen der Werkstattarbeiterinnen zurückbleiben dürfen, was auch in so und so viel Fällen durch die zielbewusste Arbeit unseres Gewerksvereins erreicht worden ist. Gefordert und durchgeführt muß werden, daß endlich die Ausgestaltung des alten Hausarbeitgesetzes und damit die Schaffung der Lohnämter kommt, damit auch in den noch rückständigen Branchen gesunde Bedingungen geschaffen werden, die die Erhaltung der Heimarbeit als einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit gerecht werden.

Ausnahmebewilligung für die Sächsische Textilwarenindustrie. (8317) Bekanntmachung, betreffend eine Ausnahme von § 3 Abs. 1 Satz 1 des Hausarbeitgesetzes vom 14. September 1921. Auf Grund des § 3 Abs. 2 Satz 2 des Hausarbeitgesetzes vom 20. Dezember 1911 und des Artikels 179 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reiches wird hierdurch mit Zustimmung des Reichsrates bestimmt: Das der Bekanntmachung vom 27. September 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 867) beigefügte Verzeichnis A derjenigen Gewerksarten und Betriebsarten, für welche Ausnahmen von der Bestimmung des § 3 Abs. 1 Satz 1 des Hausarbeitgesetzes vom 20. Dezember 1911, betreffend die Pflicht zur offenen Auslage von Lohnverzeichnissen oder zum Aushängen von Lohnlisten, gewährt worden sind, wird dahin geändert, daß hinter der laufenden Nr. 3 des Verzeichnisses die folgende Nr. 3a eingefügt wird.

Laufende Nr.	Gewerksgruppe, Gewerksklasse und Gewerkschaft der gewerblichen Betriebsstätten von 1907	Bezeichnung der Gewerksgruppe oder Betriebsarten	Bezirks	Beschränkung der Ausnahmen
1	2	3	4	5
3a	IX f 1, 2	Sächsische Textilwarenindustrie (die sächsische Stickerei- und Spitzenindustrie und die ihr verwandten, gleich ihr unter den Sammelnamen der „sächsischen Textilwarenindustrie“ fallenden Industriezweige).	Regierungsbezirk Zwickau (Freistaat Sachsen)	Die Ausnahme beschränkt sich auf das Zwickau und sonstige Ausbessern der maschinell hergestellten Stickereien, Spitzen und Gardinen, sofern die Arbeit gegen Stücklohn verrichtet wird.

Berlin, den 14. September 1921.

Der Reichsarbeitsminister
Dr. Brauns.

Schutz der Heimarbeiterinnen vor Arbeitslosigkeit. Infolge unserer so außerordentlich niedrigen Saluta — die Mark gilt nur noch wenige Pfennige — ist das Ausland wieder einmal eifrig bemüht, Deutschland anzulassen. Die Ausfuhr von Stoffen hat einen Umfang angenommen, der bereits Beschäftigungsmangel zur Folge hat. Viele Heimarbeiterinnen arbeiten nur noch drei bis vier Tage in der Woche. Die Mel-

nungen über die so vergrößerte Arbeitslosigkeit mehren sich von Tag zu Tag. Wir haben deshalb eine Eingabe an die Reichsstelle für Textilwirtschaft, Auslandsabteilung, gerichtet, die fordert, die Ausfuhr von Stoffen nicht mehr in demselben Umfange wie bisher gestatten zu wollen. Es liegt sicher nicht im Interesse des Deutschen Reiches, durch solche Verkäufe an das Ausland nach kurzer Zeit im Bekleidungsgebiete starke Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Da mit Recht immer betont wird, daß nur durch produktive Arbeit unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sich etwas zu heben vermögen, darf eine einflussvolle Regierung die Möglichkeit zu arbeiten denen, die arbeiten wollen, nicht durch unbeschränkte Ausfuhr nehmen.

Aus anderen Verbänden.

Die Zentrale des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Berlin. Die Leitung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wurde am 1. Oktober vom Köln nach Berlin verlegt. Die Anschrift lautet fortan: Hauptgeschäftsstelle des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 25. Fernruf: Amt Umland 1572—1580.

Diese Verlegung umfaßt die allgemeine Verwaltung des Gesamtverbandes, die Schriftleitung des Zentralblattes und der Deutschen Arbeit, die Arbeiterinnenabteilung, die Jugendabteilung, das Kartellsekretariat, den Christlichen Gewerkschaftsverband und das Bureau für Arbeitervertretung am Reichsversicherungsamt. Sie schließt ferner die bisherige Berliner Geschäftsstelle des Gesamtverbandes (Kochstr. 9) mit ein. Das Postfachkonto des Gesamtverbandes ist bis auf weiteres: Postfachamt Köln 8186. Die entsprechenden Änderungen im Adressenverzeichnis der christlichen Gewerkschaften Seite 2, 3, 5 und 36 sind vorzunehmen. Im Hause Berlin, Kaiser-Allee 25, befindet sich fortan auch die Geschäftsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes, bisher Berlin, Charlottenstraße 86. In Köln, Benloewwall 9, verbleibt eine westdeutsche Geschäftsstelle des Gesamtverbandes und die Generalrechnungsstelle der Deutschen Volksversicherung A-G.

Mit dieser Verlegung ist auch ein langjähriger Wunsch der Heimarbeiterinnen erfüllt worden. Wir hoffen fest, daß in Zukunft der Einfluß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften noch ganz anders als bisher an allen behördlichen Stellen, die die Reichshauptstadt umschließt, zur Geltung kommen wird, und daß außerdem durch die Verlegung der Zentrale nach Berlin hier der Zusammenschluß aller Arbeiter und Angestellten, die nicht auf sozialistischem oder kommunistischem Boden stehen, in viel stärkerem Umfange gelingen wird. Es muß ein Haupterfolg der Verlegung sein, die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung auch in unserem Berlin aufwärts zu entwickeln. Noch Hunderttausende sind sicher auf mütterlichem Sande für uns zu gewinnen. Vorwärts mit Gott!

Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener und das Parteiwesen. Der Zentralverband sendet uns eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Der Herr Reichstagsabgeordnete Joos hat in einer Reihe von Zeitungen einen Artikel: „Die Verantwortung Stegerwalds“ veröffentlicht, der sich mit der jetzigen und künftigen Parteikonstellation in Deutschland und mit der Stellung des Herrn Ministerpräsidenten Stegerwald und des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigt. In dem Artikel findet sich — völlig zusammenhanglos — folgender Absatz:

„Als Nebenherd der Beunruhigung gilt der der Bewegung nahestehende Zentralverband für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, der in einer unglücklichen Arbeitsgemeinschaft mit dem nationalistischen Ruffhäuserbund steht.“

Diese Bemerkung beweist, daß der Herr Abgeordnete Joos über den Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, den er offenbar meint, entweder gar nicht oder völlig falsch unterrichtet ist. Der Zentralverband ist nicht nur sachungsgemäß, sondern auch in Wirklichkeit parteipolitisch und religiös völlig neutral. Ihm gehören Anhänger aller politischen Parteien an. Um Parteipolitik hat sich der Zentralverband nie gekümmert, da dieses nicht zu seinem Aufgabengebiet gehört, bei der Verschiedenartigkeit der Parteizugehörigen der Verbandsmitglieder höchst unklar wäre, und weil der Zentralverband mit der sozialpolitischen Interessenvertretung für seine Mitglieder vollumfänglich beschäftigt ist. Die parteipolitische Neutralität verträgt sich auch durchaus mit dem gut deutschen Charakter des Zentralverbandes. Die Arbeitsgemeinschaft des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener mit dem Ruffhäuserbund ist lediglich sozialpolitischer Natur.“

Starke Aufschwung der christlichen Gewerkschaften in Holland. Ein gewaltiger Rückgang der sozialdemokratischen Organisationen und ein Voranschreiten der christlichen Organisationen kann aus Holland berichtet werden. Es bestehen in Holland vier Gewerkschaftsorganisationen, zwei christliche: katholische (nicht zu verwechseln mit den katholischen Fachabteilungen Deutschlands) und christlich-nationale, zwei sozialdemokratische: eine sozialdemokratische im gewohnten Sinne und dann noch eine etwas mehr syndikalistisch-bolschewistisch gerichtete. Die beiden Organisationsrichtungen verzeichneten im Jahre 1920 folgende Mitgliederbewegung:

	1. Jan. 1920	31. Dez. 1920	Zunahme	Verlust
Soz. Gewerkschaften	259 739	225 377	—	34 373
Syndikalistische	48 764	36 638	—	12 726
Kath. Gewerkschaften	148 981	157 998	9071	—
Christlich-nationale	70 262	76 488	6226	—

Die beiden sozialdemokratischen Gewerkschaften haben also zusammen 47 098 Mitglieder verloren und die beiden christlichen Gewerkschaftsverbände um 15 297 Mitglieder zugenommen. Der Verlust von nahezu 50 000 Mitgliedern zeigt in aller Deutlichkeit, daß die sozialdemokratische Organisation am Niedergehen ist. In Holland sind die beiden christlichen Gewerkschaftsorganisationen so stark wie die sozialdemokratischen. Das wird kaum in einem anderen Lande so der Fall sein. Dafür haben die christlichen Organisationen Holland aber auch vor den „Segnungen“ der Revolution bewahrt.

Generalversammlung des Bühnenvolksbundes. Der mit weit über hundert Theatergemeinden und vielen Tausenden von Einzelmitgliedern über ganz Deutschland verbreitete Bühnenvolksbund*) mit dem Sitz Frankfurt a. M. (Vereinigung zur Theaterpflege im christlich-deutschen Volksgesitt) hielt in den Tagen vom 6.—9. Oktober in München seine diesjährige Jahrestagung ab. Aus allen Teilen Deutschlands sowie aus dem deutschsprechenden Auslande waren die Vertreter erschienen. Nachdem der erste Tag mit Verhandlungen des Direktoriums und der Bundesbeamten ausgefüllt war, nahm die Generalversammlung am Freitag eine Reihe wertvoller Referate entgegen. Der Bundesvorsitzende, Universitäts-Professor Geheimrat Dr. Dyroff, sprach über das Thema: „Was der Bühnenvolksbund will?“, Generalsekretär Gerst-Frankfurt a. M. erstattete den Jahresbericht, den er zu einer glänzenden Prinszipienrede gestaltete, Dr. Werner E. Thormann-Frankfurt a. M. sprach über: „Die geistige Einheit des Kulturtheaters“ und Dr. Karl Blessinger von der Akademie der Tonkunst in München über: „Die musikalische Kultur der Gegenwart.“ In der Hauptausdrucksfassung des BVB. wurde der Bundesvorsitzende Geheimrat Dyroff einstimmig wiedergewählt. Zum Tagungsort der nächsten Generalversammlung wurde Hannover bestimmt. Der Reichszangler, der preussische Ministerpräsident Stegerwald, der badiische Staatspräsident und die Kultusminister der Länder Preußen, Württemberg, Sachsen, Hessen sowie der Reichsminister des Innern und der Reichsarbeitsminister sandten Begrüßungsschreiben. Das bayerische Kultusministerium und die Stadt München ließen die Tagung durch ihre Vertreter begrüßen. Ebenso die Universität München und die bayerischen Staatsoper. Am Begrüßungsabend nahm auch Nuntius Pacelli teil, sowie Vertreter des erzbischöflichen Ordinariats und der evangelischen Kirchenbehörde. — Möge die Arbeit des Bühnenvolksbundes weiter dazu beitragen, den Kampf um deutsche Bildung und Gesittung und um die christlich-ethischen Grundlagen unserer Theaterkultur zu siegreichem Ende zu führen!

Die Evangelisch-Soziale Schule e. V., die im Zusammenhang mit ihrem Ausbau ihren Sitz von Bethel bei Bielefeld nach Spanbau-Johannesstift verlegt hat, veranstaltet in den Tagen vom 24. Oktober bis zum 12. November einen volkswirtschaftlich-sozialen Ausbildungskursus. Er dient dem großen Zwecke, durch gezielte Ausbildung in der Kenntnis der wissenschaftlichen Grundlage, der geschichtlichen Entwicklung und der gegenwärtigen Praxis der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, sowie durch religiöse sittliche Vertiefung Berufsarbeiter heranzubilden für die christlich-nationale Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen.

Das Programm des Kursus umfaßt über 40 Vorträge, dazu kommen Arbeits- und Wiederholungsstunden.

Als Vortragsthemen sind u. a. vorgesehen:

Arbeiterbewegung:

Freie Gewerkschaften. Hirsch-Dundersche und gelbe Organisationen. Die Eigenart der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Die evangelische Arbeitervereinsbewegung. Die evangelische Arbeiterinnenvereinsbewegung. Organisationslehre der

*) Auch unser Gewerksverein der Heimarbeiterinnen ist ihm angeschlossen.

Arbeiterbewegung. Die gewerkschaftliche Werbearbeit. Die Gewinnung der Jugendlichen. Aufgaben und Voraussetzungen im Berufe des Arbeiterführers.

Volkswirtschaftliches:

Theoretische Wirtschaftslehre in drei Vorträgen. Die volkswirtschaftlichen Systeme. Das System des Marxismus. Gegenwartslage der Volks- und Weltwirtschaft. Neues Bodenrecht. Die ländliche Arbeiterfrage. Die Organisation der industriellen Arbeitgeber. Die Organisation der ländlichen Arbeitgeber. Die Frau im Wirtschaftsleben und ihre Organisation.

Religiös-sittliche Lebensfragen:

Kirchenfrage und Arbeiterinteresse. Die konfessionelle Jugendbewegung. Der christlich-soziale Gedanke in der Vergangenheit. Christlicher Sozialismus.

Politik:

Die innerpolitische Lage. Die weltpolitische Lage. Die Kommunalpolitik und ihre Bedeutung für die Arbeitervertreter. Die Geschichte der Sozialdemokratie.

Arbeitsrecht:

Uebersicht über das gesamte Arbeitsrecht. Der Betriebsrätegedanke in seiner wirtschafts-politischen Bedeutung. Das Betriebsrätegesetz in Gesetzgebung und Praxis. Schiedsgericht und Schlichtungswesen. Wesen, Bedeutung und Praxis der Tarifverträge. Geschichte der deutschen Sozialpolitik. Der gegenwärtige Stand der politischen Gesetzgebung.

Es darf wohl angenommen werden, daß in weiten Kreisen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten das brennende Bedürfnis vorhanden ist, gerade über diese Fragen unterrichtet zu werden. Dazu bot die Teilnahme an dem Kursus die beste Gelegenheit. Zugelassen wurden Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aus innerer Ueberzeugung und mit Erfolg tätig sind.

Jahresüberblick der Technischen Nothilfe. Am 30. September konnte die Technische Nothilfe auf ein zweites Jahr ihres Bestehens zurückblicken. So häufig wie im ersten Jahre hat sie in diesem Jahre nicht in Tätigkeit zu treten brauchen. Während die Technische Nothilfe 1919/20 nach den endgültigen Ergebnissen 521mal einsehen mußte, beläuft sich diesmal, soweit sich bisher überblicken läßt, die Einsahziffer auf 390 Fälle. Nichtsdestoweniger zeigt die Statistik, daß auch im letzten Jahre kaum eine Woche verlaufen ist, ohne daß die Technische Nothilfe an irgendeinem Ort im Deutschen Reich tätig war. Von den 52 Jahreswochen sind nur sechs ohne jeglichen Einsah gewesen. — Bezüglich der aufrechterhaltenen Betriebe hat sich im Berichtsjahr 1920/21 gegenüber dem ersten Jahr 1919/20 das Bild insofern verschoben, als die Einsahzahl für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte im Verhältnis zurückgegangen ist, während sie in der Landwirtschaft bedeutend stieg. Auch das Eingreifen der Technischen Nothilfe bei elementaren Ereignissen hat sich beträchtlich erhöht. Hier stehen den drei Einsähen dieser Art vom Vorjahre im Berichtsjahre 26 gegenüber. — Der Ausbau der Organisation ist kräftig fortgeschritten. Die Zahl der Orts- bzw. Landgruppen hat sich um über die Hälfte vermehrt, die Mitgliederzahl hat sich seit dem Vorjahre verdoppelt. Die einzelnen Berufe sind an der Mitgliederzahl folgendermaßen beteiligt: Technische Fachleute 18 Prozent, Handwerker 10 Prozent, Landwirte 22 Prozent, freie Berufe 18 Prozent, Arbeiter 15 Prozent, Studenten 6 Prozent und Frauen 11 Prozent.

Aus unserer Bewegung.

Berlin-Dr. „Unsere Gruppen sollen häufiger für „Die Heimarbeiterin“ berichten“, mahnte kürzlich unsere Hauptvorsitzende. Wollen wir uns „daran bitten“ lassen? Jedes Mitglied freut sich, sobald es etwas von seiner Gruppe im Blatt findet, und der Vorstand ist dankbar, daß seine kleine Mitteilungen aufgenommen werden. Wir glaubten, es sei unbeschwerlich, häufig Berichte zu schicken, weil die Gruppen darin wetteifern. Für einen Vorzug halten wir es, wenn wir etwas einsehen dürfen. Wir kommen gern. — Heute haben wir zu berichten, daß wir uns nach zwanzig Jahren schweren Herzens von unserem Versammlungsort trennten. Warum? Infolge der Preissteigerung verschlang die Saalmiete fast neun Zehntel der Gruppeneinnahme, und die Heizung würde sie noch verteuern. Wir haben aber den Wunsch, für gewerkschaftliche Arbeit innerhalb unserer Gruppe Mittel zu behalten, uns nicht auf Neuhäuser zu beschränken. Unser Vorstand war einig darin, daß er eine so unverhältnismäßig große Saalausgabe nicht verantworten könne. So siedelten wir im Oktober nach der Aula der günstig gelegenen Schule Neuhäuserstraße 38 über; dort lassen wir heimisch zu werden. — Unsere erste Monats-

versammlung im neuen Lokal war gut besucht. Bei der Anforderung, daß alle Mitglieder, die in tariflich entlohnter Arbeit stehen, nach Gauvorstandsbeschuß vom 1. Oktober ab den höchsten satzungsmäßigen Wochenbeitrag zu zahlen haben, wurde die Vorsitzende durch die Stassenführerin unterbrochen; sie machte die erfreuliche Meldung, daß sämtliche in Betracht kommenden Mitglieder bereits anstandslos den höheren Beitrag geleistet hätten. Es fand dann eine lebhafteste Aussprache über die Tarifbewegung statt, bei der die Schirmnäherrinnen über ihre Lohnbewegung und die erreichten Aufbesserungen berichteten. Mehrere Damenkonfektionsnäherrinnen zeigten Tarifumgehungen an. Sie wurden von neuem ermahnt, jede Unterzahlung unverzüglich in der Hauptgeschäftsstelle zu melden. Schürzennäherrinnen klagten schwer über schlechte Entlohnung und nannten Stundenverdienste, die 1918 vielleicht zur Deckung der Lebenskosten ausgereicht hätten. Ebenso wurde über ungenügende Löhne für Arbeiterkonfektion geklagt. Die Mitglieder beider Branchen wurden zu eifrigem Werben unter ihren Kolleginnen ermahnt. Sehr wichtig sind uns die Vorbereitungen zur Ausschuswahl der Berliner Ortskrankenkasse. Unsere Mitglieder — und der Gauvorstand mit ihnen — waren unzufrieden, daß ihnen bei den Wahlen fürs Gewerbegericht Stimmrecht auferlegt wurde. Diesmal nun wollen sie alle ihr Wahlrecht wahrnehmen. Zwölf Wahlbeherren stellten sich in der Versammlung zur Verfügung. Zum Wahlsonds hatte bereits der Vorstand einen Beitrag beschlossen; die verringerten Saalkosten setzen ihn in die Lage dazu. Wir sehen der Wahl mit großem Interesse entgegen. Möge sie dazu führen daß die christlich-nationale Arbeiterschaft angemessene Vertretung im Ausschusse findet! Am Schlusse der Versammlung wurde unter den Anwesenden, die tief ergötzt des Unglückes von Oppan gedachten, eine erfreuliche Summe zur Kostlinderung gesammelt.

Dresden. Eine Reihe neuer Aufgaben bringt uns der Winter, die in der Septemberversammlung besprochen und durchberaten wurden. Kollege Hofmann berichtete über die Krankenkassenwahlen. Er befaßte sich hauptsächlich mit unseren Forderungen, wie freie Arztwahl, größere Berücksichtigung in der Anstellung von Ärztinnen usw. In der folgenden Aussprache wurden viele Fragen an den Referenten gestellt und Beispiele angeführt, die die Notwendigkeit unserer Forderungen begründen. Alle Anwesenden waren zur Mitarbeit bereit, und jede zahlte zwei Mark in die Wahlkasse. Dann wurden Wirtschaftsbücher ausgegeben, die, genau geführt, beweiskräftiges Material über die wahre Lage des Arbeiterstandes bei Lohnbewegungen geben. Der erste Diskussionsabend ist sehr angeregt verlaufen. Die Anwesenden beantragten, daß alle vier Wochen ein solcher Abend stattfinden solle. Fr. Röth wurde gebeten, das Referat noch einmal zu übernehmen. Später sollen die Mitglieder selbst referieren. Erfreulich ist, daß fast jede Anwesende sich zum Wort gemeldet hatte, und der Diskussionsabend so gut besucht war.

Landesberg a. Warthe. Es war schon lange unser Schmerz, daß wir mit unserer Gruppe in gewerkschaftlicher Beziehung nicht recht vorwärts kommen. Da ist uns unsere Hauptvorsitzende zu Hilfe gekommen. Es war eine große Ueberraschung für unsere Mitglieder, als Prälerin Behm plötzlich in unserer Versammlung erschien. In ihrer herzlichsten Weise zeigte sie nicht nur Verständnis für unsere Noth, sondern gab uns auch praktische Ratschläge, wie wir auch in unserer Stadt Tarifverhandlungen vorbereiten könnten. Wir fürchteten uns bisher noch vor dem ersten Versuch; nun haben wir aber neuen Mut bekommen und hoffen, endlich unseren Mitgliedern eben durch die geplanten Tarifverhandlungen greifbare Vorteile und eine ruhige Sicherheit in ihrer Verussarbeit verschaffen zu können.

Unsere Heimat.

Berlin und der Berliner. Nicht eigentlich über Berlin wollen wir schreiben, sondern über die Berliner. Ueber Berlin ließe sich wohl eine ganze Menge sagen. Schon über die Umgebung. Berlin liegt angeblich in einer völlig reizlosen Gegend, die ungewöhnlich arm an landschaftlichen Schönheiten ist. Wer vom Grunewald spricht, zitiert gern den Schredenschrei des kleinen süddeutschen Wädhens: „O Wutti, hier ist der ganze wönische Reiches Streusandbüchse“ ist bis heute an unserer Mart hängen geblieben. Dabei liegt in dieser Streusandbüchse nicht nur Potsdam, von dem hier schon einmal die Rede war, sondern Berlin selbst ist umgeben von jenen märkischen Waldseen, die nicht nur der Norddeutsche liebt, sondern die auch auf den Süd- und Westdeutschen ihren eigenen heimlichen melanco-

dischen Zauber ausüben. — Von der Stadt selbst und ihren Prachtbauten zu sprechen, hat nicht viel Zweck; wer sie kennt, für den brauchen sie nicht beschrieben zu werden, und den anderen gibt eine so kurze Beschreibung, wie sie hier nur möglich ist, doch kein richtiges Bild. Eins sei nur mit Stolz gesagt, daß unser Tiergarten einer der schönsten Parks der Welt ist! Der Fremde, der heute nach Berlin kommt, wird es, je nach seiner Veranlagung, mit Freude, Schmerz, Scham oder Enttäuschung betrachten. Der oberflächliche Beschauer wird den zunehmenden Verkehr, die Fülle in den Läden und Kaufhäusern, die schönen, geschmackvollen Schaufenster, die Menge der gut gekleideten Fremden mit Freude feststellen, weil er dies alles als Zeichen des Wiedererwachens neuen wirtschaftlichen Aufschwungs betrachtet, während es in Wahrheit nur die Rehrte der Revolulle unseres Valutaelends, unseres finanziellen Ruins ist. Mit Schmerz gehen die Freunde und Anhänger des alten Kaiserreichs durch die Stadt: das leere Kaiserloß, das verödete Kronprinzenpalais erfüllen sie mit Wehmut; traurig grüßen sie überall die Standbilder der Hohenzollern, die ihres Metallens einen Stempel aufgeprägt haben, der sich nicht in wenigen Jahren verwischen läßt. Mit Scham erfüllt die Vaterlandsfreunde das Treiben in den Lokalen, auf den Straßen, bei Sport- und Festsfesten. Kennt Berlin nicht den Schmerz um Schmach und Not des Vaterlandes, oder versucht es nur ihn zu übertäuben? —

Wer in Berlin stille, trauliche Winkel, malerische alte Stadttore, Erker und Giebel des Mittelalters sucht, der wird herzlich wenig finden und sehr enttäuscht sein. Berlin ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine neue, nüchterne, ordentliche, feste, stehen wir es nur, eine zum Teil sogar geschmacklose Großstadt. Einen eigenen Charakter trägt sie nicht und könnte — bis auf die Ordnung und Reinlichkeit der Vorkriegszeit — recht gut auch in einem anderen Bande stehen.

Und diese nüchterne, ordentliche, architektonisch Charakterlose Stadt ist bewohnt von den berüchtigten, „viel beschrienen“, wie wir sagen, viel verleumdeten Berlinern. Zuerst muß man eins feststellen: die meisten Berliner sind gar keine, d. h., sie wohnen erst einige Jahre in Berlin, und damit hat ja niemand denken möge, „sie wären aus der Provinz oder gar vom bann Bande“, überberlinern sie die eigentlichen wahren Berliner noch. Das ist gar nicht leicht; denn das Mulwerk ist beim Berliner gut entwickelt; er schnodbert, er macht über alles, was ihm in den Weg kommt, seine Witze. Aber er schnodbert auch über sich selbst, er nimmt sich nicht so fürchterlich ernst und wichtig, wie andere Volksgenossen, die wir hier nicht nennen wollen, um den Berlinern nicht noch neue Feinde zu machen, und er hat einen goldenen Humor.

Er hat es nie leicht gehabt, der Berliner. Nicht wie andere Städte ist Berlin durch seine günstige Lage zum Mittelpunkt einer einheitlichen Bevölkerung geworden, sondern es ist nach einem Sieg germanischer Volksstämme über die Wenden im Wendenland gegründet worden. Immer wieder erhielt es seinen Zuwachs nicht aus seiner nächsten Umwelt, sondern durch den Ruf der Fürsten nach neuen Eroberern, neuen Kolonisten. So entstand ein Wädhvolk, das durch seine innere Kultur miteinander verbunden war, sondern sich, wie etwa im jungen Amerika, zusammensetzte aus in ihrem Vorleben getheilteren Abenteurern und aus besonders Lüchigen, Wagemutigen, die mehr Raum und Ellbogenfreiheit, mehr Betätigungsmöglichkeit auf der neuen Erde suchten. Dazu kamen die durch den Großen Kurfürsten herangezogenen französischen Flüchtlinge, die Hugonotten, die seinerzeit fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Berlins ausmachten. Verschieden im Stamm, in Sprache, Sitte und Gewohnheit verband diese Bevölkerung nur die gemeinsame Notwendigkeit, sich zu wehren; zu wehren gegen das Klima, die Kargheit des Bodens, gegen die Nachbarstadt (Berlin und Kölln haben blutige Kämpfe miteinander ausgefochten) und den äußeren Feind. So entstanden keine Kulturträger, sondern ein wehrhaftes, fleißiges, nüchternes Volk, das nach außen oft unliebenswürdiger erschien und erscheint, als es ist.

Auf die Geschichte Berlins durch die Jahrhunderte eingehen, verbietet leider der Raum; sprechen wir nur vom letzten: vom Krieg. Wer im Anfang des August 1914 in Berlin war, der weiß, daß diese Tage ein Erlebnis bedeuten, das ein Leben voll Sorge und Not aufwiegt. Da war der Berliner er selbst, da lebte, handelte, sprach er, wie er wirklich fühlte, ohne die Angst, sich durch das Feigen seiner Empfindungen lächerlich zu machen. Und er hat sich alles in allem im Kriege bewährt. Er war nicht bedroht durch feindliche Einfälle, nicht einmal durch Fliegerangriffe. Die heroische Seite des Krieges sah er nicht, die spielte sich ganz, ganz weit draußen an den Grenzen und jenseits der Grenzen ab; und er erlebte nur härter

als alle anderen die graue Misere des Alltags, den Hunger und das Frieren, und er trug beides heldenhaft. Natürlich kämpfte er; ein richtiger Berliner kämpft immer, auch wenn es ihm gut geht. Das gehört zum Handwerk, und bedeutet nicht. Wünsche sich doch jede Kompagnie mindestens einen Berliner, damit er die anderen auch in den schlimmsten Zeiten bei Stimmung erhalten konnte. Das waren die Berliner während des Krieges. Und was sind die Berliner der Nachkriegszeit? Das sind nun wirklich keine Berliner mehr; das ist eine aus allen Teilen Deutschlands zusammengeströmte Masse, durchsetzt mit einer Anzahl Fremden, die hierher gekommen sind, um auf irgendeine mehr oder weniger schöne Art und Weise ihr Glück in Berlin zu machen. Wenn die Revolutionswellen erst abgeebbt sein, wenn wir alle eingesehen haben werden, daß wir für die nächsten Jahrzehnte mindestens — den Schwerpunkt unserer Wirtschaft auf das Land zurück verlegen müssen, wenn für Schieber und Bucherer keine Gewinne mehr zu machen sind, wenn auch politisch ruhigere Zeiten eingeleitet sind, so daß die Scharen der Wandrats- und Amtshängigen nicht mehr die Stütze der Parteien umkreisen, dann werden alle diese stark unerfreulichen Abenteuerer Berlin verlassen, und dann wird Berlin sein eigentliches Gesicht wieder herausarbeiten. Es wird auch dann voraussichtlich ein nüchternes, etwas überhebliches, leicht spöttisches Geschlecht hieher, aber Süd- und Westdeutschland (der Osten versteht es durch den gemeinsamen wendischen Einschlag von jeher besser) werden dann für die Eisenarbeit zu Deutschlands Wiederaufbau froh sein über den sachlichen, fleißigen und arbeitsfähigen Kameraden. Seine mangelnde Kultur werden sie ergänzen, und so werden sie sich, nehmend und gebend, kennen, verstehen und schätzen lernen.

Veranstaltungsanzeiger.

- Aktien.** 10. November, 8. Dezember, 7 Uhr, Schramburger Str. 68 II, Seminarische.
- Bavaria-Brandenburg.** Stiftungsfest. 4. November, 6 Uhr, Schauffstr. 94, Kriegerevereinshaus.
- Berlin-Moabit.** 14. November, 12. Dezember, 1/28 Uhr, Al-Moabit 25, Gemeindehaus.
- Berlin-Nord.** 9. November, 14. Dezember, 1/28 Uhr, Aderstr. 52, Saal der Brodenversammlung.
- Berlin-Nordost.** 8. November, 13. Dezember, 1/28 Uhr, Schönhauser Allee 177, Hof II, Stadtmismissionsaal.
- Berlin-Ost.** 14. November, 12. Dezember, 1/28 Uhr, Fruchtstr. 38, Aula.
- Berlin-Süd.** 1. November, 6. Dezember, 1/28 Uhr, Johannistich 5, großer Saal.
- Berlin-Südost.** 8. November, 13. Dezember, 7 Uhr, Mantuffelstraße 95, bei Wehrendt.
- Berlin-Wedding.** 10. November, 8. Dezember, 8 Uhr, Schulstraße, alte Kagarethstraße.
- Berlin-West.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Schöneberg Hauptstr. 19, Mismissionsaal.
- Berlin-Wilmersdorf.** 11. November, 9. Dezember, 1/28 Uhr, Detmolder Straße 17/18, Gemeindehaus.
- Biesfeld.** 11. November, 9. Dezember, 8 Uhr, Güssenstraße, Reformiertes Gemeindehaus.
- Brack.** 3. November, 1. Dezember, 1/28 Uhr, Schule.
- Braunschw.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Hagenmarkt 13, Restaurant Rowitt.
- Breslau-Nord.** 7. November, 5. Dezember, 7 Uhr, Wastelgasse 6a, Saal des Blautkreuzvereins.
- Breslau-Süd.** 9. November, 14. Dezember, 7 Uhr, Herrenstr. 21/22, Gemeindeaal der Elisabethgemeinde.
- Breslau-West.** 15. November, 20. Dezember, 8 Uhr, Frankfurter Straße 28, Konfirmandenzimmer der Paulusgemeinde.
- Charlottenburg.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Goethestr. 22, Jugendheim.
- Darmstadt.** 17. November, 16. Dezember, 8 Uhr, Stiftsstraße 51, „Fleierabend“.
- Dornberg.** 2. November, 14. Dezember, 3 Uhr, Grob-Dornberg 70, bei Fräulein Dreher.
- Preußen-Altkad.** 13. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Moritzstr. 4, Gemeindeaal der Frauenkirche.
- Preußen-Kad.** 1. November, 2. Dezember, 8 Uhr, Königsstr. 21, Gemeindeaal der Dreißigjährigen.
- Preußen-Fischer.** 2. November, 5. Dezember, 8 Uhr, Concorbienstraße 4, „Concordia“.
- Preußen-Striesen.** 8. November, 13. Dezember, 8 Uhr, Merseburger Straße 14, „Merseburger Hof“.
- Pöfendorf.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Bültsenstraße 33, Paulushaus.
- Essen.** 22. November, 1/28 Uhr, Böserstraße, Erholungsbahn.
- Essen.** 7., 21. November, 5. Dezember, 8 Uhr, Aderheiligenstraße 10, Ev. Vereinshaus.
- Essen-Bochum.** 16. November, 21. Dezember, 1/28 Uhr, Zweiter Dagen 35, Ev. Gemeindehaus.
- Halle.** 1. November, 6. Dezember, 8 Uhr, Eberhardstraße, Rinderschule.
- Halle-Bückeburg.** 15. November, 20. Dezember, 8 Uhr, Bockenheimer Rathaus.
- Halle-Burgheim.** 21. November, 19. Dezember, 8 Uhr, Bergerstraße 133, Josefsheim.
- Halle-Mitte.** 10. November, 8. Dezember, 8 Uhr, Bleichstr. 40.
- Halle-West.** 16. November, 21. Dezember, 8 Uhr, Hohenzollernplatz 33.
- Hamburg in Bayern.** 6. November, 4. Dezember, 1/28 Uhr, Ottostr. 5, Luisenheim.
- Hildesheim.** Auf Benachrichtigung durch den Hildesheimer Anzeiger, Rinderschule, Schulstraße.
- Halle-Nord.** 2. November, 7. Dezember, 8 Uhr, Albrechtstraße 27, Neumarkt-Gemeindehaus.
- Halle-Süd.** 7. November, 5. Dezember, 8 Uhr, Kleine Klausstr. 12, Domburggemeindehaus.
- Hamburg-Stadt.** 9. November, 14. Dezember, 7 Uhr, Admiralsitätsstraße 57 II.
- Hamburg-Harburg.** 15. November, 20. Dezember, 1/28 Uhr, Marschnerstraße, Gemeindehaus der Kreuzkirche.
- Hamburg-Grimsbühl.** 16. November, 21. Dezember, 1/28 Uhr, Gärtnerstr. 64, Gemeindehaus.
- Hamburg-Hammerbrook.** 11. November, 9. Dezember, 7 Uhr, Hammerbrookstr. 68, Konfirmandensaal.
- Hamburg-Winterhude.** 21. November, 19. Dezember, 7 Uhr, Schillerstraße 15, Gemeindehaus.
- Hann.** 8. November, 13. Dezember, 1/28 Uhr, Gasthaus Rahetal.
- Hannover.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Steintorfeldstr. 2, Vereinshaus der christlichen Gewerkschaften.
- Hildesheim.** 23. November, 28. Dezember, 8 Uhr, Ferdinandstr. 17, Margaretenhort.
- Hildesheim.** Auf Benachrichtigung durch die Vertrauensfrauen, Turnhalle, Habelstraße.
- Heeren bei Bielefeld.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Rinderschule.
- Hillegossen.** 9. November, 14. Dezember, 1/28 Uhr, Wirtschaft Stehmann.
- Hirschberg in Sachsen.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Warmbrunner Straße, Gasthaus zum Agnast.
- Jüllens.** 17. November, 15. Dezember, 1/28 Uhr, Konfirmandensaal.
- Jensenburg.** Auf Benachrichtigung durch die Jsenburger Zeitung, Poststraße, Turngemeinde.
- Kassel.** 11. November, 9. Dezember, 8 Uhr, Wolfschlucht 13, Maria-Maria-Verein.
- Kiel.** 17. November, 15. Dezember, 6 Uhr, Juliusstraße 72, Vereinshaus.
- Köln.** 8. November, 13. Dezember, 1/28 Uhr, Kreuzgasse 2—4, Bbhfislaal.
- Köln-Kath.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Vereinshaus, Zimmer 6.
- Königsberg-Sachsen.** 16. November, 21. Dezember, 1/28 Uhr, Konfirmandensaal der Luisenkirche.
- Königsberg-Oberstadt.** 21. November, 12. Dezember, 7 Uhr, Dintzinger, Löbentlicher Konfirmandensaal.
- Königsberg-Unterstadt.** 14. November, 12. Dezember, 7 Uhr, Schindlingstraße 32, Hjjeum Hjigrath.
- Köpenick.** 14. November, 12. Dezember, 1/28 Uhr, Burgstraße, Höhere Mädchenschule von Fräulein Stodmann.
- Köpenick.** 10. November, 8. Dezember, 8 Uhr, Fusarenstr. 1, Gemeindehaus.
- Landberg a. Warthe.** 8. November, 13. Dezember, 8 Uhr, Gettersdorfer Straße, Volksschule.
- Leipzig-Mitte.** 7. November, 5. Dezember, 1/28 Uhr, Johannistich 3, Hof I.
- Leipzig-West.** 9. November, 8 Uhr, Demmeringstraße, „Grüne Eiche“.
- Leipzig-Nord.** 14. November, 12. Dezember, 1/28 Uhr, Prinz-Albert-Straße 43, Konfirmandensaal.
- Leipzig.** 21. November, 19. Dezember, 8 Uhr, Beselaa der alten Petrichule.
- Magdeburg.** 16. November, 21. Dezember, 8 Uhr, Krusshof.
- Mannh.** 15. November, 20. Dezember, 5 Uhr, Wallplatz 1, Katholischer Männerverein.
- München.** 18. November, 16. Dezember, 1/28 Uhr, Rumpfstr. 17, O. Weidener.

- Raumburg a. S.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Steinweg, Zufriedenheit.
- Reife.** 10. November, 15. Dezember, 8 Uhr, Katholisches Vereinshaus.
- Reuders.** 10. November, 8. Dezember, 1/28 Uhr, Richardstr. 31/32, Ecke Rosenstraße.
- Reuf.** 8. November, 13. Dezember, 1/28 Uhr, Schmig, Glockhammer.
- Offenbach a. M.** 21. November, 19. Dezember. Auf Benachrichtigung, Frankfurter Straße 122.
- Rankow.** 9. November, 14. Dezember, 1/28 Uhr, Lindenpromenade, Gemeindehaus der Hoffnungskirche.
- Potsdam.** 14. November, 12. Dezember, 1/28 Uhr, Fobisstr. 8/10, Kleiner Saal des Gemeindehauses.
- Regensburg.** 20. November, 18. Dezember, 1/29 Uhr, Jakobinerstraße.
- Reuslingen.** 14. November, 12. Dezember, 1/28 Uhr, Metzgerstraße, Ev. Vereinshaus.
- Schilbesche.** 10. November, 8. Dezember, 7 Uhr, Gemeindehaus.
- Spandau.** 9. November, 14. Dezember, 1/28 Uhr, Hoher Steinweg 1a, Guttemplerbeim.
- Sieglitz.** 21. November, 19. Dezember, 8 Uhr, Sieglitz, Schönhäuser Straße 15, Konfirmandensaal.
- Stettin.** 7. November, 5. Dezember, 7 Uhr, Elisabethstr. 53, gr. Saal im Vereinshaus.
- Stolz i. Pommern.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Bygeum, Arnoldstraße 1.
- Stuttgart - Botnang.** 14. November, 12. Dezember, 8 Uhr, Berapflege.
- Stuttgart-Ganckstall.** 7. November, 5. Dezember, 8 Uhr, Kranenstraße, Herberge zur Heimat.
- Stuttgart-Karlsvorstadt.** 8. November, 13. Dezember, 8 Uhr, Finkenstraße 4, Vereinshaus.
- Stuttgart-Ostheim.** 1. November, 6. Dezember, 1/28 Uhr, Sandhausstraße 153.
- Stuttgart-Stadt.** 4. November, 2. Dezember, 1/28 Uhr, Hofestr. 11, Brenzhaus.
- Weißenfels.** 14. November, 12. Dezember, 7 Uhr, Kirchplatz, Gemeindehaus.
- Wiesbaden.** 28. November, 19. Dezember, 8 Uhr, Dranienstr. 15, Frauenklub.
- Zwickau in Sachsen.** 9. November, 14. Dezember, 8 Uhr, Neuere Leipziger Straße, Herberge zur Heimat.

Warum? Warum?

Wie oft hab' ich gelacht,
 Wie oft hat's beinah' ungeduldig mich gemacht,
 Wenn Kinder mund sich niemals müde frug
 An dem Warum! Nein, hundertmal
 An einem Tag ist nicht genug.
 „Warum sind jetzt die Bäume kahl?
 „Warum blüh'n alle Glockenblumen blau?
 „Warum kommt Sandmännchen schon immer,
 „Wenn ich nicht müde bin, ins Kinderzimmer?
 „Warum? Warum?“ — So geht's ohn' Ende!
 Es müßt' ein Erd- und Himmelskünd'ger sein,
 Der auf die Fragen alle Antwort fände.
 Gewiß, oft laß ich mutig mich drauf ein,
 Oft aber küßt' ich nur dem „Büblein Sonnenstrahl“
 Den lieben Fragemund: „Lauf' in den Garten,
 Du Nimmerjatt! Frag' wieder hundertmal,
 Doch darfst du gern damit bis morgen warten!“ —
 Bis morgen warten! — Hören wir denn nicht,
 Wie Gott zu großen Kindern oft so spricht,
 Wenn sie zu seinem Tun noch immer fragen:
 „Warum, o Gott, warum?“ Wohl zürnt er nicht
 Um dieses kinderhafte, unbedachte Fragen,
 Wenn es aus wunden Menschenherzen bricht.
 Auch mein' ich oft, wenn Gott die Frager schweigen
 Und warten heißt, er will, wie ich dem Kinde,
 Noch eine sonderliche Liebe ihnen zeigen.
 Begegnet ihnen wunderbar gelinde,
 Legt irgenbeine Freud' in ihre leeren Hände,
 Daß nur ihr wundes Herz den Vater recht verstünde.

M. Fesche.

Um acht heimgegangene Mitglieder trauert diesmal der Gewerbeverein.

In Gruppe **Berlin-Neubau** starb am 19. Oktober 1921 unser liebes Mitglied

Witwe Ida Krauel, geb. Müller,

geboren am 18. November 1863 in Rudenower Ausbau, Kreis Anklam.

In Gruppe **Berlin-Nordost** starb am 9. Oktober 1921 unser liebes Mitglied

Frau Alice Rauchheld, geb. Scheunemann,

geboren am 23. Oktober 1889 in Berlin.

In Gruppe **Berlin-Süd** starb am 11. Oktober 1921 unser liebes Mitglied

Frau Dora Backhaus, geb. Bannöhr,

geboren am 25. Oktober 1859 in Triplau, Kr. Dammberg.

In Gruppe **Berlin-Südost** starb bereits am 2. August 1921 unser liebes Mitglied

Frau Mathilde Podle, geb. Hoffmann,

geboren am 8. Oktober 1863 in Thomastirk, Kreis Strehlen.

In Gruppe **Frankfurt-Vockenheim** starb am 13. Oktober 1921 unser liebes Mitglied

Frau Susanne Kümmler, geb. Epp,

geboren am 1. April 1881 in Eschhorn, Kreis Höchst.

In Gruppe **Niel** starb am 6. Oktober 1921 unser liebes Mitglied

Witwe Elise Dorothea Bulch,

geb. Fabrenkrug,

geboren am 4. Januar 1879 in Nettelau, Kreis Plön.

In Gruppe **Zwickau** starb am 24. September 1921 die getreue stellvertretende Schriftführerin, unser liebes Mitglied

Frau Martha Rudolf, geb. Teuber,

geboren am 22. Juni 1881 in Niederrathen, Schlesien.

Aus **Frankfurt a. M.** kommt die Trauerkunde, daß eine unserer Treuesten und Besten aus unserer Bewegung abgerufen ist. Am 25. Oktober 1921 starb nach mehr als sechzehnjähriger freiwilliger Mitarbeit die erste Vorsitzende der Gruppe **Frankfurt-West**

Frau Emmy Gäbler, geb. Gräte,

geboren am 24. April 1868 in Raumburg a. Saale.

„Wir haben unsere Mutter verloren,“ sagen die Mitglieder. „Ihre warmherzige Güte, die auch das Letzte hergegeben hätte, wenn sie andern damit helfen konnte, war wirklich „Liebe, die nicht das Ihre sucht“ schreiben die Mitarbeiterinnen.

In dankbarer Trauer denkt ihrer der Hauptvorstand.

Inhalt: Ober-Schlesien. „Wir rufen nach Gerechtigkeit“ — Aus der Tarifbewegung: Berlin: Damenaktion Buchladen — Monogrammistinnen, Privatnähmaschinen, Braunschweig: Wäsche, Frankfurt a. M.: Gendarmenstraße, Feine Wäsche, Stapelwäse, Schillerstraße, Halle a. S.: Wäsche, Hamburg: Maschinen- und Handnäheri, Stuttgart: Mischen und Strickerei. — Berufliche Rundschau: Ueber den Stand der gewerblichen Frauenerwerb. — Aufnahmebewilligung für die Schiffsche Wagnereinfuhr. — Einberufung der Arbeiterinnen vor Arbeitslosigkeit. — Aus anderen Verhältnissen: Der Zentralverband des Gewerbeverbandes der christlichen Gewerkschaften in Berlin. Der Zentralverband deutscher Kriegsbekämpfter und Kriegsgenossenschaftler und des Deutschen Arbeiter Ausschusses der christlichen Gewerkschaften in Holland. Generalversammlung des Bühnenvolksbundes. Die Evangelisch-sozialen Schule a. S. Jahresbericht der Technischen Hochschule. — Aus unserer Bewegung: Berlin-Öst. Dresden. Sanktberg a. Saale. — Unsere Heimat: Berlin und der Berliner. — Versammlungsbüchlein. — Warum? Warum? Todesanzeigen.